

BESCHLUSSVORLAGE



Vorlagen Nr: 10/1561/2023

Verantwortung: Kleiner, Benedikt

Aktuelle Flüchtlingssituation in Karlsbad und Erwartungen an den Bund

Beratungsfolge dieser Vorlage/Nr.	am	Öffentlichkeitsstatus	Ergebnis
Gemeinderat	15.11.2023	öffentlich	Kenntnisnahme

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

- 1) Der Gemeinderat nimmt die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung in Karlsbad zur Kenntnis
- 2) Der Gemeinderat bekräftigt, dass bei Unterbringung, Versorgung und Integration in Karlsbad die Belastungsgrenze erreicht ist
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, im Austausch mit dem Landkreis, den Abgeordneten und den Medien auf die angespannte Situation und die daraus resultierenden Notwendigkeiten hinzuweisen

Finanzielle Auswirkungen:

ja <input type="checkbox"/> (dann bitte Tabelle ausfüllen) nein <input type="checkbox"/> (dann keine weiteren Eintragungen)			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch kommunalen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen wie folgt zur Verfügung: (Invest.-Nr., Sachkonto, Produkt, Kostenstelle eintragen)			
Agenda	nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Durchgeführt am	

Vermerk der Verwaltung:

Abstimmung	Ja:	Nein:	Enthaltung:
Sonstiges:			

Sachverhalt:

Ausgangslage (landesweit)

Im Jahr 2022 hat BW rund 178.000 Geflüchtete aufgenommen, darunter rund 27.800 Asylbegehrende, rund 146.300 Geflüchtete aus der Ukraine, wovon rund 46.700 vorübergehend in der Erstaufnahme untergebracht wurden, sowie rund 3.400 weitere Einreisende im Rahmen der humanitären Aufnahme.

Damit wurden im Jahr 2022 deutlich mehr Personen aufgenommen als im gesamten Jahr 2015, dem Höhepunkt der damaligen Fluchtbewegungen, und dem Jahr 2016 zusammen.

Von Januar bis Juli 2023 haben 20.221 Personen in BW einen Asylerstantrag gestellt. Dies sind mehr als doppelt so viele wie zur selben Zeit im Vorjahr (9.988). Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Stand 25.08.2023 befinden sich aktuell 173.267 gemeldete ukrainische Flüchtlinge in BW. Quelle: Regierungspräsidium Karlsruhe (RPK)

Im September hat das Ministerium der Justiz und für Migration BW festgestellt, dass der Zugang von Flüchtlingen stark angestiegen ist, sodass teilweise 300 – 400 Menschen pro Tag nach Baden-Württemberg gekommen sind. Zuletzt (Stand: 25.09.2023) waren an einzelnen Tagen auch Zugänge von über 300 Personen pro Tag zu verzeichnen.

Die umfangreiche Aufnahme Geflüchteter während diesen Jahres und der vergangenen Jahre ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg sich zu ihrer humanitären Verantwortung, wie kaum anderswo innerhalb der EU, bekennen. Nicht zuletzt auch durch die vielerorts weitreichende Unterstützung in Form von bürgerschaftlichem Engagement wurden die verfügbaren Kapazitäten bei der Unterbringung, Begleitung und Integration der Geflüchteten mobilisiert.

Gleichwohl ist es auch kommunalpolitische Aufgabe vor Ort die Grenzen des Leistbaren zu erkennen und im Sinne eines gesamtverantwortlichen Handelns auf ein gutes Miteinander innerhalb der Ortsgemeinschaft zu achten. Hierzu gehört auch, dass nicht auf Dauer gegen eine abnehmende Akzeptanz weiter steigender Zugänge von geflüchteten Personen verfahren werden kann.

Zwischenzeitlich sind die regulären Aufnahmekapazitäten seit Monaten belegt und die Integrationsressourcen in Kitas, Schulen, ärztlicher Versorgung und Sprachkursen, überlastet. Das Personal in den Ausländerbehörden arbeitet weit über dem Limit. Die Signale aus den Kommunen, dass die Belastungsgrenze erreicht ist und eine Begrenzungsstrategie notwendig wird, haben auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundespräsident a.D. Joachim Gauck aufgegriffen.

Bereits im Frühsommer 2023 wurde im „BW-Check“ des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen zur aktuellen Flüchtlingssituation im Juni 2023 bestätigen 39% der Befragten, dass die Landesregierung das Wohl der Flüchtlinge über das Wohl der bereits hier lebenden Menschen stelle. Im Baden-Württemberg-Trend von infratest dimap im Auftrag des SWR im Juli 2023 erklären mehr als die Hälfte der Baden-Württemberger, dass die Landesregierung und die Verwaltung die aktuelle Flüchtlingssituation „weniger gut“ oder „gar nicht gut“ bewältigen.

Nach der jüngsten dbb Bürgerbefragung 2023 des Deutschen Beamtenbundes – durchgeführt von forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Juli 2023 – ist das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine vielfältigen Aufgaben und Probleme erfüllen bzw. lösen zu können, auf 27 % gesunken (2022: 29 %, 2021: 45 %, 2020: 56 %, 2019: 34 %). 69 % der Befragten sind der Meinung, dass der Staat angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert sei (2022: 66 %, 2021: 51 %, 2020: 40 %, 2019: 61 %). Bei der Überforderung des Staates geht es bei denjenigen, die glauben, der Staat sei überfordert, konkret vor allem um die Asyl- und Flüchtlingspolitik (26 %).

Nach dem Baden-Württemberg-Trend von infratest dimap im Auftrag des Südwestrundfunks und der Stuttgarter Zeitung vom 27.09.2023 finden 40 % der Befragten das Thema Zuwanderung/Flucht als das wichtigste politische Problem. Auch die Umfrage „Baden-Württemberg Report“ des Marktforschungsinstituts Kantar im Auftrag des Zusammenschlusses der privaten Radiosender im Land vom 27.09.2023 stellt fest, dass 41% der Befragten die Zuwanderung nach Deutschland als wichtigste Aufgabe und gesellschaftliche Herausforderung ansehen.

Situation in Karlsbad:

Die Aufnahmequote der Landkreise und Kommunen errechnet sich anhand der Einwohnerzahlen. Entsprechend der Auswertung des Landratsamtes Karlsruhe und den durchgeführten/geplanten Unterbringungen befinden wir uns mit Prognose Ende 2023 mit 12 Personen über unserem Aufnahmesoll. Dennoch müssen auch weiterhin sämtliche freie Kapazitäten bis zur Monatsmitte an das Integrationsamt des Landratsamtes mitgeteilt werden, Zuteilungen werden laufend vorgenommen.

Stand an untergebrachten Personen zum 10.10.2023:

Untergebrachte Obdachlose	32 Personen
Mieter (Altfälle)	19 Personen
Asyl AUB	80 Personen
Asyl Fabrikstraße (Kombimodell mit LRA in der GU in Waldbronn/Neurod)	24 Personen
Ukraine	47 Personen
GESAMT	202 Personen
Aufnahmen in 2023 (siehe nachfolgend)	27 Personen
GESAMT zum 31.12.2023	229 Personen
Zzgl. Privat untergebrachte Ukrainer	125 Personen
GESAMT (mit Privat)	354 Personen

Zuweisungen in die Anschlussunterbringung 2023:

Stand Ende 2022	+ 50 Personen (über der Quote)
Aufnahmen in 2023	+ 5 Personen
Zuweisungen AUB	- 13 Personen
Zuweisungen UKRAINE	- 49 Personen
Zuweisungen Verteilung	- 8 Personen (Ausgleich ggü. Kommunen mit Sammelunterkünften)
Stand 10.10.2023	- 15 Personen (unter der Quote – Aufnahmeverpflichtung)
Aufnahme geplant Pension -	+ 21 Personen (noch 1 DZ frei)
Aufnahme geplant Wohnung in Anmietung +	6 Personen
Vorauss. Stand Ende 2023	+ 12 Personen (über der Quote)

Die Gemeinde verfügt über die gesamte Gemarkung verteilt über 45 Objekte unterschiedlicher Größenordnung und Zuschnitts für die Unterbringung. Diese bestehen aus gemeindeeigenen Liegenschaften, angekauften bzw. angemieteten Objekten, sowie Anschlussunterbringung im Kombimodell in Kooperation mit dem Landkreis.

Mit der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge ist die Kapazität seit 2018 schnell an ihre Grenze geraten. Zu Anfang gab es noch zahlreiche Angebote an privatem Wohnraum, der von den Bürgern unserer Gemeinde zur Verfügung gestellt wurde, sei es einzelne Zimmer oder abgeschlossene Wohnungen, teilweise Ganze Häuser. Die Bereitschaft hat hier angesichts der Dauer des Ukraine-Krieges stark nachgelassen, die Akquise von Wohnraum und Anmietung durch die Gemeinde ist extrem schwierig.

An größeren Objekten wurde die ehemalige Pension am Rathaus (Hauptstraße 54, Langensteinbach) für die Unterbringung von Flüchtlingen erworben. Aufgrund der immer noch nicht ausreichenden Kapazität für die erwarteten Zuweisungen wurde zusätzlich das Objekt Fischweier mit einer Kapazität von ca. 40 Personen ab 01.01.24, sowie weitere Wohnungen angemietet.

Es gilt aber zu berücksichtigen, dass auch für die polizeiliche Unterbringung von Obdachlosen, oder Notunterbringung nach Bränden bzw. auch nach Zwangsräumungen freie Kapazitäten vorgehalten werden müssen, weshalb ein sehr geringer Bestand von 3 Wohnungen freigehalten wird.

Teilweise sind die Flüchtlinge aus der Ukraine nur kurze Zeit hier untergebracht (Umzug in andere Gemeinde, Rückzug in die Ukraine oder andere Länder), hingegen mehr als 50 der Flüchtlinge aus anderen Nationen sind bereits seit 2018 ununterbrochen in der Anschlussunterbringung und blockieren somit Neuaufnahmen. Hier handelt es sich um Flüchtlinge, die zwischenzeitlich ein Beschäftigungsverhältnis aufnehmen könnten und sich somit ihren Lebensunterhalt selbständig sichern könnten. Aber auch eingewiesene Obdachlose bemühen sich so gut wie nicht um eine neue Unterkunft, gehen einer Beschäftigung nach, oder kümmern sich trotz angebotener Unterstützung um die Beantragung von Leistungen

Die Fluktuation der ukrainischen Mitbürger ist mit einem sehr hohen organisatorischen und zeitlichen Aufwand verbunden. Die Verständigungsschwierigkeiten bieten außerdem die größten Barrieren. Durch die Unterbringung der unterschiedlichen Nationalitäten kommt es außerdem vermehrt zu Unstimmigkeiten und Problemen innerhalb der Anschlussunterbringung.

Es gilt leider festzustellen, dass trotz der vergangenen und aktuellen massiven Bemühungen seitens der Verwaltung und Unterstützung und Bereitschaft der Bevölkerung bei den prognostizierten Aufnahmezahlen der Wohnraum im Jahr 2024 nicht mehr ausreichen wird.

Die Beschränkung und Nichtverfügbarkeit von Wohnraum ist jedoch nur der Anfang der Schwierigkeiten die zu bewältigen sind und sich aufstürmen. Die Infrastruktur der Schulen und Kindergärten ist – schon rein aus Verfügbarkeitsgründen der Betreuungsplätze, Schulräume und Betreuungspersonal und Lehrpersonal- bereits jetzt an/über der Kapazitätsgrenze.

In den Kindergärten und Schulen der Gemeinde Karlsbad stellt sich die Situation wie folgt dar:

Schulen:

Schule	Schüler mit Mitgr.-Hintergr.	Ukraine	Schüler:innen aus anderen Fluchtgebieten
GS Auerbach	5	1	6
GS Mutschelbach	6	2	1
GS Spielberg	19	2	2
GS Ittersbach	11	2	3
GS Langensteinbach	39	5	10
SBBZ	41	0	14
GMS			
RS	51	8	4
GY	26	0	6
	198	20	46

Kindergärten:

Kindergärten	Bemerkungen	Ukraine	Kinder aus anderen Fluchtgebieten
Kath. KiGa St. Franziskus	bis 07/24 - 22 Kinder mit Fluchterfahrung	2	12
Ev. KiGa Pestalozzi		1	0
Ev. KiGa Arche Noah		1	1
Waldorfkiga		4	1
Kl. Strolche		0	0
Bauernhofkiga		0	0
Ev. KiGa Ittersbach	Flüchtlingsstatus bei "Kind aus anderem Fluchtgebiet" unklar	1	1
Espira		0	0
Ev. KiGa Spielberg		1	0
Kath. KiGa St. Elisabeth	weitere Aufnahme ukrainisches Kind vermutlich 12/23	2	0
Ev. KiGa Mutschelbach		5	2
Ev. KiGa Auerbach		0	0
		17	17

Anlagenverzeichnis: